

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

16.01.2010 /19.20-19.50 Uhr
17.01.2010 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Milliarden-Rüstungspoker um A400M – Steuerzahler sollen erneut zur Kasse gebeten werden
- Die geplante Struktur-Kommission – Chance für eine zukunftsorientierte Bundeswehr?
- Nicht nur eine Erfolgsgeschichte - Reservisten-Verband auf der Suche nach einer neuen Rolle
- Iranische Führung unter innenpolitischem Druck – können härtere Sanktionen Atomkompromiss erzwingen?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrophon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Das Transportflugzeug A400M sorgt weiter für Negativ-Schlagzeilen. Daran konnte auch der im vergangenen Monat erfolgte Jungfernflug der Maschine nichts ändern. Seit fast einem Jahr sind die sieben Bestellerländer mit dem Flugzeugbauer EADS im Gespräch, wer die angefallenen Mehrkosten in Milliardenhöhe zu tragen hat. Dabei hat der Konzern 2003 vertraglich zugesagt, 180 Maschinen für 20 Milliarden Euro zu liefern. Deutschland ist mit 60 Transportern größter Besteller. Stolze 8,3 Milliarden soll das Verteidigungsministerium dafür bezahlen. Waffensysteme zu einem Festpreis - in der Rüstungsbranche ist dieser sogenannte „Commercial approach“ eine Neuerung. Die Besteller-Nationen waren damals mit der Vereinbarung sehr zufrieden. Schließlich wurde bisher noch so ziemlich jedes Rüstungsprojekt erheblich teuer als zunächst geplant. Die Hoffnung war, mit einem Festpreis das Kostenproblem in den Griff zu bekommen. Ein Irrtum, wie wir inzwischen wissen. Der A400M-Hersteller Airbus spricht von Mehrkosten in Höhe von bis zu 11 Milliarden Euro

und will von einem Festpreis nichts mehr wissen. Man habe das Projekt unterschätzt, räumte in dieser Woche kleinlaut EADS-Chef Gallois ein:

O-Ton Gallois (overvoice)

„Wir haben Fehler gemacht, weil wir bei einem Programm mit großen technischen Herausforderungen einen Festpreis akzeptiert haben und auf einen unrealistischen Zeitplan eingegangen sind.“

Doch damit nicht genug. Absehbar ist bereits, dass der Militärflieger nicht die zugesagten Leistungen erbringen wird. Weniger Nutzlast und weniger Reichweite. Die Verantwortung für das A400M-Debakel will das Unternehmen nicht alleine übernehmen. Der Konzern zeigt vielmehr auf die Bestellerländer. EADS-Chef Louis Gallois:

O-Ton Gallois (overvoice)

„Ich verstehe, dass wir eine europäische Luftfahrtindustrie haben wollen. Aber die Last dafür müssen wir teilen. Sie kann nicht dem Hersteller alleine aufgebürdet werden, der beispielsweise nicht das Triebwerk ausgesucht hat. Ich bin übrigens nicht gegen einen europäischen Antrieb.“

Das Ziel ist klar: EADS will die Auftraggeber kräftig zur Kasse bitten. Die Regierungen sollen noch einmal rund fünf Milliarden zusätzlich bezahlen. Bis Ende des Monats soll eine Entscheidung fallen. Beim Verhandlungspoker zieht der Konzern inzwischen alle Register. Tausende von Arbeitsplätzen seien gefährdet. Für Airbus-Chef Enders geht es um die Existenz des Konzerns:

O-Ton Enders

„Ich sehe in der Tat die Gefahr, dass, wenn das Setup die Situation, wie wir sie heute haben bei A400M, wenn diese nicht deutlich verändert wird, dass dann die gesamte Firma gefährdet werden könnte, einschließlich ihrer kommerziellen Assets.“

Verteidigungsminister zu Guttenberg hatte bisher klargemacht, dass er auf Erfüllung des Vertrages besteht. So steht es auch in der Koalitionsvereinbarung von Union und FDP. Bei seinem Antrittsbesuch vor zwei Monaten in Paris bei seinem französischen Kollegen Morin gab sich der CSU-Politiker selbstbewusst und zuversichtlich. Er sprach viel von Vertragstreue. Paris und Berlin ziehen an einem Strang, so die Botschaft des Verteidigungsministers:

O-Ton zu Guttenberg

„Was den von vielen gespannt erwarteten Dialog zum A400 anbelangt, da mag es manchen überraschen, dass sich beide Häuser in den letzten Tagen sehr eng abgestimmt haben. Und wir gehen mit einer abgestimmten Position morgen in die Gespräche mit den Partnern auf Staatssekretärebene.“

Doch das war einmal. In dieser Woche verkündete der französische Verteidigungsminister, Paris werde einen Teil der angefallenen Mehrkosten bezahlen. Denn Frankreich ist an EADS beteiligt. Schon aus Prestige Gründen würde insbesondere Präsident Sarkozy ein Scheitern des A400M nicht zulassen. Deutschland wird im Verhandlungspoker daher notgedrungen einlenken. Einen Konflikt mit Paris wird die Bundesregierung nicht riskieren. Es geht Berlin nur noch darum, das Gesicht zu wahren. Inzwischen ist von einer Tranchenlösung die Rede. Gemeint ist damit, Deutschland bekommt für den vereinbarten Festpreis statt der 60 Flugzeuge nur 40 Maschinen. Die zusätzlichen 20 Transporter müssten später dann noch einmal extra bezahlt werden. Für die Steuerzahler ein schlechtes Geschäft.

Große Versprechungen macht EADS seit geraumer Zeit auch bei einem anderen Rüstungsprojekt. Unbemannte Flugzeuge, sogenannte Drohnen oder UAVs, gelten als Waffensysteme der Zukunft. EADS versucht mit TALARION ins Geschäft zu kommen. Dieses System gibt es bisher nur als Modell. Aber schon jetzt will der Flugzeugbauer wissen, dass TALARION vergleichbaren Systemen wie der US-Drohne Predator B weit überlegen sein wird. Einen Zeitplan für TALARION gibt es auch schon: Erstflug 2013, Auslieferung ab 2015. Nicht ausgeschlossen, dass EADS bei dem neuen Rüstungsprojekt mehr verspricht als der Konzern letztlich halten kann. Doch Deutschland, Frankreich und auch Spanien sind an der vermeintlichen Super-Drohne sehr interessiert – trotz des A400M-Debakels.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Erwartungen an die Struktur-Kommission – Chance für eine neue und zukunftsorientierte Bundeswehr?
- Nicht nur eine Erfolgsgeschichte - Reservisten-Verband auf der Suche nach einer neuen Rolle. Und:

- Iranische Führung unter innenpolitischem Druck – können härtere Sanktionen einen Atomkompromiss erzwingen?

Während der Ost-West-Konfrontation waren die Landes- und Bündnisverteidigung die Hauptaufgaben der Bundeswehr. Nach dem Fall der Mauer mussten sich die Streitkräfte umstellen. Die Bundeswehr wird seitdem umgebaut zu einer Einsatzarmee. Von der Transformation der Streitkräfte ist intern die Rede. Die Bundeswehr soll fit gemacht werden für ihren neuen Hauptauftrag: Auslandsmissionen. Doch die eingeleitete Reform verläuft schleppend. Und deswegen wurde im Koalitionsvertrag festgelegt, dass der Verteidigungsminister eine Kommission einsetzt. Eine Kommission, die bis Ende des Jahres Eckpunkte für eine neue Organisationsstruktur erarbeiten soll. Kann dieses Gremium die Weichen stellen für eine zukunftsorientierte Bundeswehr? Otfried Nassauer ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Otfried Nassauer

Erste Vorschläge zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Bundeswehr entwickelte vor zehn Jahren die Weizsäcker-Kommission. Die Kommission ließ sich von der Frage leiten, welche sicherheitspolitischen Ziele und Vorstellungen die Bundesrepublik künftig gemeinsam mit ihren europäischen Nachbarn verfolgen sollte. Daraus abgeleitet fragte sie, welche Instrumente dazu erforderlich seien. Die Kommission entwickelte Vorschläge für die Zukunft der Bundeswehr, deren Aufgabenstellung, den Personalumfang, die Ausrüstung und deren Einordnung in multinationale Zusammenarbeit. Ein Beispiel: Die Personalstärke der Bundeswehr sollte auf etwa 240.000 Soldaten sinken, um die Bundeswehrplanung auf längere Sicht auf eine auch finanziell tragfähige Grundlage zu stellen. Der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping nahm die Vorschläge entgegen, setzte sie aber nicht um. Er griff stattdessen auf ein Konzept zurück, das sein Chef des Planungsstabes, Harald Kujat, ausgearbeitet hatte. Es sah nur kleinere Veränderungen vor und versprach damit geringeren Widerstand in der Bundeswehr.

Erst Scharpings Nachfolger, Peter Struck, griff die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission auf. Mit Hilfe eines neuen Generalinspektors, Wolfgang Schnei-

derhan, wurden viele der Grundüberlegungen, Ideen und Anregungen der Kommission weiterentwickelt und in Planungsdokumente der Bundeswehr eingearbeitet. So in die Verteidigungspolitischen Richtlinien und in die Konzeption der Bundeswehr 2004. Wichtigstes Beispiel war die Vorstellung von der Bundeswehr als „Armee im Einsatz“. Um jeden Verdacht eines neuen deutschen Militarismus auszuräumen, griffen Struck und Schneiderhan zum Mittel der freiwilligen Selbstbeschränkung. Sie dimensionierten die Einsatzkräfte der Bundeswehr so, dass diese erkennbar nicht zu großen nationalen Militäroperationen in der Lage waren. Größere militärische Missionen sollten ausschließlich in multinationaler Kooperation möglich sein. Hilmar Linnenkamp, damals Leiter des Sekretariats der Weizsäcker-Kommission, über die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche externe Politikberatung:

O-Ton Linnenkamp

„Gelungene Beratung geht nur, wenn die richtigen Fragen gestellt werden. ... Die Kommission hat das Thema Reform der Bundeswehr in den größeren politischen Zusammenhang eingeordnet, der dadurch geprägt ist, dass die Bundeswehr eine Armee im Einsatz geworden ist. Ende der neunziger Jahre war das Thema Kalter Krieg vorbei und die Bundeswehr musste sich umstellen und reformieren zu einer Armee im Einsatz. Die entscheidenden Themen, die die Kommission behandelt hat, waren die Struktur, das Personal, die Rüstung und die Organisation der Bundeswehr. Und alles wäre nichts wert gewesen, ohne die Unabhängigkeit der Teilnehmer an dieser Kommission und das Ansehen und die Unabhängigkeit des Vorsitzenden, Richard von Weizsäcker.“

Die Transformation der Bundeswehr könnte wie Bruckners 9. Symphonie den Titel „Die Unvollendete“ tragen. Für Struck und Schneiderhan war der Umbau der Streitkräfte ein Prozess kontinuierlicher Reformen unter permanenter Fortschreibung der Ziele. Doch bereits unter Strucks Nachfolger, Franz Josef Jung, wurde auf eine Weiterentwicklung der konzeptionellen Vorstellungen und deren kontinuierliche Anpassung an die finanzielle Realität weitgehend verzichtet. Mittlerweile stößt die Bundeswehrplanung deshalb wieder an finanzielle und konzeptionelle Grenzen. Etliche Fragen, die bereits die Weizsäcker-Kommission aufgeworfen hatte oder die bei der Erarbeitung der Konzeption der Bundeswehr aufgetaucht waren, wurden nicht weiter bearbeitet und beantwortet. Noch einmal Hilmar Linnenkamp:

O-Ton Linnenkamp

„Alle die Fragen, die in der Kommission von besonderer Bedeutung gewesen sind, also Einsatzorientierung, die Wehrpflicht und der europäische Impuls, oder der europäische Imperativ, sind nach wie vor bedeutende Themen. Sie sind alle nicht konsequent zu Ende geführt worden. Sie sind in Ansätzen realisiert, in Ansätzen wahrgenommen und umgesetzt worden, aber nicht konsequent.“

Die heute rund 250.000-Soldaten starke Bundeswehr kann mit dem vorhersehbar verfügbaren Geld nicht erhalten und zugleich modernisiert werden. Sie hat noch immer mehr Personal als die Weizsäcker-Kommission vorsah. Und: Es ist oft das „falsche“ Personal. Es gibt zu viele Offiziere und zu wenig Soldaten. Um den Offizieren angemessene Planstellen anbieten zu können, hält die Bundeswehr an Stäben und Strukturen fest, die oft überdimensioniert oder gar überflüssig sind. Rationalisierung wäre möglich. Doch reicht das, um die Bundeswehrreformen wieder aufs Gleis zu setzen?

Kaum. Denn was vor zehn Jahren der Bundeswehr eine tragfähige Reformperspektive für das kommende Jahrzehnt geben konnte, ist heute dafür nicht mehr ausreichend. Um erneut eine Reformperspektive mit ausreichender Lebenserwartung zu entwickeln, müsste nachgeholt werden, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde: Einmal mehr müsste die Frage gestellt werden, welchen Ansprüchen, welchem „level of ambition“ deutsche Sicherheitspolitik im Kontext europäischer Sicherheitspolitik künftig genügen soll. Erneut müsste gefragt werden, welche Ressourcen und Rahmenbedingungen dafür realistisch verfügbar sein werden. Aus diesen Faktoren wären Vorschläge für Umfang, Ausrüstung und Struktur der Bundeswehr abzuleiten. Dabei gilt es, auch mit europäischen Ländern stärker zusammenzuarbeiten. Denn große Rationalisierungspotenziale entstehen vor allem dann, wenn die nationale Streitkräfte- und Rüstungsplanung sich von der Vorstellung löst, dass jede europäische Nation über alle militärischen Fähigkeiten verfügen muss.

Wird die künftige Bundeswehrkommission sich diesen und anderen zentralen Fragen widmen? Wohl eher nicht. Aufgabenstellung und Zusammensetzung lassen das vermuten. Vor dem Bundestag stellte Verteidigungsminister zu Guttenberg klar:

O-Ton zu Guttenberg

„Auch deshalb und gerade, weil dieses Denken vom Einsatz her sich in den Organisationsstrukturen widerzuspiegeln hat, werde ich eine Kommission einsetzen, die bis Ende 2010 Vorschläge zu Eckpunkten einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen zu erarbeiten hat. Es geht dabei nicht um eine Neuauflage der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ aus dem Jahre 2000. Wir wollen dort Anpassungen vornehmen, wo die Bundeswehr noch schlanker, noch effizienter, noch einsatzorientierter werden kann, und wir wollen – auch das ist ehrgeizig; ich weiß das – auch Abläufe von bürokratischen Fesseln befreien. Dazu wird die dann sicherlich geplagte Kommission Vorschläge ausarbeiten, und auf dieser Grundlage werde ich entscheiden.“

Effizienzsteigerung, Verbesserung der Einsatzorientierung, Befreiung von bürokratischen Fesseln. Damit zielt die Bundesregierung vor allem auf mehr Leistungsfähigkeit im Einsatz, insbesondere bei den Auslandseinsätzen. Unberücksichtigt aber bleiben grundlegende Fragen. Hilmar Linnenkamp, Mitarbeiter der Weizsäcker-Kommission, hegt ebenfalls Zweifel:

O-Ton Linnenkamp

„Der Ansatz dieser Kommission, nach all dem was man davon weiß, – zum Beispiel aus dem Koalitionsvertrag - ist zu eng. Es klingt nach einer innerministeriellen Machtneuverteilung und nach Verbesserungen in der Ablauforganisation. Das ist angesichts der Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr steht, ein zu enges Korsett.“

Die geplante Zusammensetzung der Kommission verstärkt die Zweifel: Es soll eine bundeswehrinterne Kommission werden. Damit setzt der Minister auf die Selbstheilungskräfte des Körpers Bundeswehr. Dass diese künftig besser funktioniert als in der Vergangenheit, darf bezweifelt werden. Rivalitäten der Teilstreitkräfte und Besitzstandswahrung sind in der Bundeswehr keineswegs überwunden. Konsens über neue Reformen ist damit vor allem in kleinen Dosen zu erwarten. Schon die Vorgabe der Bundesregierung, die Bundeswehr unter der Maßgabe einer sechsmonatigen Wehrpflicht zu planen, weist in diese Richtung und schränkt die Reformmöglichkeiten deutlich ein. Mehr noch. Viele Reformschritte dürften an eine altbekannte Bedingung verknüpft werden: Um effizienter zu werden, benötige die Bundeswehr vor allem eines - mehr Geld.

* * *

Flocken

Und das ist bekanntlich knapp.

Umstellen muss sich seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation auch der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Gegründet wurde die Organisation vor 50 Jahren. Damals spielten Reservisten noch eine zentrale Rolle in der militärischen Planung. Das hat sich inzwischen geändert. Der 50. Geburtstag des Reservisten-Verbandes in der kommenden Woche dürfte daher nicht allzu überschwänglich gefeiert werden. Thorsten Walter berichtet:

Manuskript Thorsten Walter

Seit Gründung des Reservistenverbandes am 22. Januar 1960 hat sich viel geändert: Die Flecktarnuniform hat den Moleskin-Anzug abgelöst – von den Soldaten gern als „Filzlaus“ bezeichnet. Der spritfressende Kampfpanzer M48 hat modernen Waffensystemen wie dem Leopard 2 Platz gemacht. Und noch im Jahr 2000 mussten die knapp eine Million beorderten Reservisten regelmäßig zur Wehrübung einrücken. Doch inzwischen sind fast alle nichtaktiven Truppenteile aufgelöst - bis auf ein Dutzend. Von den ehemals einer Million Reservisten sind gerademal 250.000 übrig geblieben, die ihre Uniform nicht an den Nagel gehängt haben. Sie leisten heute ihren Dienst allesamt freiwillig - im Katastrophenschutz oder bei aktiven Einheiten in Deutschland sowie in Auslandseinsätzen.

Dabei interessiert sich die Bundeswehr vor allem für Spezialisten wie Rudolf Grimm, Oberst der Reserve und promovierter Agraringenieur:

O-Ton Grimm

„Es gibt Situationen, in denen beispielsweise Brückenbauer oder Geologen benötigt werden, die behilflich sind bei der Begründung von Trinkwasserbrunnen. Es gibt auch die Situation, wo Lokführer gebraucht werden, um brachliegende Eisenbahnstrecken wieder in Gänge zu bringen.“

Grimm sitzt als Reservist zusammen mit dem aktiven Dienstposteninhaber auf der Stelle des Kommandeurs im Landeskommando Schleswig-Holstein in Kiel. Im Zivilberuf ist Grimm Berufsschullehrer. Seit Jahren engagiert er sich als Reservist. Neben Seminaren und Weiterbildungen reizen Grimm vor allem seine konkreten Aufgaben als militärischer Führer:

O-Ton Grimm

„In beispielsweise Großschadenfällen oder in Naturkatastrophen, die stattfinden könnten, so ist es die Aufgabe, die Schichtfähigkeit des Landeskommandos Schleswig-Holstein sicher zu stellen und im Bedarfsfall auf Ebene der Landesregierung aktiver Gesprächspartner zu sein.“

Doch der Reservistenverband ist für immer weniger ehemalige Soldaten eine militärische Heimat: gerade in Flächenländern hat sich die Bundeswehr zurückgezogen, Standorte sind geschlossen worden und viele Rekruten werden in Kasernen weit von ihrem Heimatort entfernt eingezogen. Nur selten bleibt so ein Kontakt über die Dienstzeit hinaus bestehen.

In diesem veränderten Umfeld sucht der Reservistenverband nach neuen Aufgaben: Mit Orientierungsmärschen und Stammtischtreffen alleine lassen sich nicht mehr genug ehemalige Soldaten anlocken, sagt der stellvertretende Verbandspräsident, Gerd Höfer:

O-Ton Höfer

„Mit unseren Veranstaltungen, über die wir rechenschaftspflichtig sind, erreichen wir jährlich über 300.000 Leute. Ich habe aber das Gefühl, dass wir immer die sogenannten ‚üblichen Verdächtigen‘ erwischen.“

Deutschlandweit hat der Reservistenverband 125.000 Mitglieder. Rund zehn Prozent musste der Verband im vergangenen Jahr als Karteileichen aus dem Mitgliederbestand streichen. Und es fehlt der Nachwuchs. In der letzten Ausgabe der Verbandszeitschrift ruft der Vorsitzende der Landesgruppe in Bayern verstärkt zur Werbung neuer Mitglieder auf. An der Basis stoßen solche Aufrufe selbst bei engagierten Mitgliedern auf Unverständnis: In Internetforen fragen die Mitglieder, mit welchen Argumenten sie für die Mitgliedschaft Werbung machen sollen.

Doch neue Ideen liegen in der Bundesgeschäftsstelle auf dem Tisch, müssen aber erst noch mit der Bundeswehr abgestimmt werden, berichtet Verbandspräsident Höfer:

O-Ton Höfer

„Es könnte eine modulare Vorausbildung sein. Die Bundeswehr muss die Reservisten dann zertifizieren. Wir selbst können das nicht. Wo ein Reservist drinsteckt, muss auch ein Bundeswehrsoldat drin sein, das heißt also die Qualifikationen müssen gleich sein.“

Das alte Bild vom dicken Reservisten, der nur zum Rauchen und Trinken den Kreis seiner Kameraden aufsucht, hat für die Verantwortlichen im Verband längst ausgedient. Der neue Reservist ist gut ausgebildet, tritt korrekt auf und nimmt gerne an sportlichen Wettkämpfen teil – zumindest betreibt er regelmäßig Sport.

Doch es ist nicht ganz einfach, diesen Idealtypus zu gewinnen, weiß Reinhard Unruh, Oberst a.D. und im Reservistenverband Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein:

O-Ton Unruh

„Einmal sind diejenigen, die wir gerne hätten, familiär eingebunden, aber auch beruflich eingebunden und aufgrund der Freiwilligkeit der Reservisten haben wir das Problem, dass die Arbeitgeber nicht mehr in der Lage sind, diejenigen Reservisten, die wir gerne hätten, nämlich die Qualifizierten, auch freizustellen, weil genau die Qualifizierten auch in den Firmen das Rückgrat sind.“

Und die Einplanung erfolgt immer noch durch die Bundeswehr. Ein Reservist muss also nicht unbedingt Mitglied im Reservistenverband werden. Und wie schwierig es ist, ehemalige Soldaten für freiwillige Arbeit zu gewinnen, muss auch die Bundeswehr erleben. Sie kann nicht ein Mal die Hälfte ihrer Reservisten-Dienstposten besetzen. Allein bei den Bezirks- und Kreisverbindungskommandos, die in der Katastrophenvorsorge tätig sind, ist immer noch ein Fünftel der Stellen unbesetzt. Von vielen Wehrpflichtigen, die gleich nach der Schule ihren Wehrdienst geleistet haben, hat die Bundeswehr nach Ende ihrer Militärzeit nichts mehr gehört. Von erlernten Fremdsprachen oder technischen Ausbildungen und anderen Fertigkeiten erfährt die Bundeswehr oft gar nichts. Mit Fragebögen will der Reservistenverband auf freiwilliger Basis die Daten erheben, die die Bundeswehr gerne hätte.

Für Reinhard Unruh, den Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein, heißt das umgekehrt aber auch, verstärkt auf die Bedürfnisse der ehemaligen Soldaten zu schauen. Bei Handelskammern, Ausstellungen und Messen von Firmen macht er Werbung für seine Reservisten, weist auf ihre militärischen Qualifikationen hin, die in der Wirtschaft als sogenannte Soft-Skills gefragt sind:

O-Ton Unruh

„Ein Feldwebel, ein Hauptgefreiter, oder ein Offizier/Stabsoffizier können führen, wissen wovon sie reden, können in kurzer Zeit Dinge auf die Beine stellen, und sie sind eben flexibel, was die Arbeitszeit angeht, aber auch was den Einsatz in anderen Orten angeht.“

Nachwuchs und Erfolg hängen vom Engagement der Mitglieder in Reservistenkameradschaften in Deutschland ab. Genauso wie bei Sport- oder Schützenvereinen ist es bei den einzelnen Ortsgruppen mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 50 meist männlichen Mitgliedern von den persönlichen Befindlichkeiten abhängig, wer mit wem kann oder seinen Austritt erklärt. Je nach Interessen der Mitglieder werden in den insgesamt 2.500 Reservistenkameradschaften ganz unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Sie reichen von Diskussionsveranstaltungen bis hin zur Pflege alter Flugzeuge. So muss jeder selbst sehen, welchen Nutzen er aus seiner Mitgliedschaft zieht oder ob ihm das zeitweise Tragen der Uniform ausreicht. Verbandsvizepräsident Gerd Höfer:

O-Ton Höfer

„Wie in jedem Verein wird es keinen materiellen Nutzen geben, sondern die Attraktivität begründet sich darauf, dass der Reservist eine Aufgabe hat und der Reservist gesellschaftlich anerkannt ist.“

Eigens zum 50. Jubiläum hat das verbandseigene Magazin mit dem getreuen Titel „Loyal“ ein neues Layout bekommen. Die Auflage von gut 130.000 Exemplaren erreicht dennoch keine breiten Bevölkerungsschichten: Die Exemplare werden fast ausschließlich an die eigenen Mitglieder versandt. Inwieweit eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik im Verbandsmagazin möglich ist hängt dabei weniger vom äußeren Erscheinungsbild als von der Finanzierung ab. Der Reservistenverband als Herausgeber bekommt jährlich 13,5 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt.

* * *

Flocken:

Informationen von Thorsten Walter.

Im Streit um das iranische Atomprogramm ist weiter keine Lösung in Sicht. Der Machtkampf im Iran hat die eh schon schwierige Lage noch weiter verkompliziert. Inzwischen werden die Weichen gestellt für weitere Sanktionen. Dabei wollte Präsident Obama einen ganz anderen Weg gehen als sein Vorgänger. Und noch Ende des Jahres gab es die Hoffnung auf eine Annäherung. Hören Sie Alexander Lurz:

Manuskript Alexander Lurz

Anfang Oktober trafen in Genf Vertreter der sogenannten 5+1-Gruppe mit Unterhändlern des Irans zusammen. Die 5+1-Gruppe setzt sich zusammen aus den fünf Veto-Mächten des UN-Sicherheitsrates und der Bundesrepublik. Das Treffen selbst stellte einen ersten Erfolg für Präsident Obama dar, der die amerikanische Iran-Politik nach seiner Amtsübernahme neu ausgerichtet hatte.

Die Verhandlungen in Genf erzielten recht schnell erste Ergebnisse. Die iranische Delegation unter Leitung des Sekretärs des Obersten Nationalen Sicherheitsrates, Saeed Jalili, sagte zu, dass Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA eine Nuklearanlage in Fordo nahe Ghom kontrollieren könnten. Der Bau dieser Anlage zur Urananreicherung war erst kurz zuvor bekannt geworden und hatte erneut Befürchtungen genährt, dass der Iran heimlich am Bau von Atombomben arbeite. Darüber hinaus trafen sich Jalili und William Burns, der Leiter der amerikanischen Delegation, zu einem Vier-Augen-Gespräch. Bei der Zusammenkunft sprachen die beiden Unterhändler auch über Themen, die nichts mit dem Atomprogramm zu tun hatten. Damit ging die US-Regierung ihrerseits auf iranische Forderungen ein.

Präsident Obama bewertete den Verlauf der Genfer Gespräche damals vorsichtig optimistisch:

O-Ton Obama (overvoice)

„Dies ist ein konstruktiver Start, aber harte Arbeit steht noch bevor. Wir sind nun in einer Phase intensiver internationaler Verhandlungen. Reden ersetzt das Handeln nicht. Kooperationsversprechen müssen erfüllt werden.“

Obamas Drängen auf konkrete Umsetzung bezog sich auch direkt auf die Schlüsselfrage der Verhandlungen: die Verschiffung eines Großteils des im Iran bislang niedrig angereicherten Urans ins Ausland.

Die Islamische Republik benötigt auf 20 Prozent angereichertes Uran, um in ihrem Forschungsreaktor in Teheran weiterhin radioaktive Isotope zur medizinischen Verwendung herzustellen. Im Juni vergangenen Jahres hatte sich der Iran an die IAEA mit der Bitte gewandt, einen Kauf des Materials auf dem Weltmarkt zu vermitteln. In Washington beschloss man daraufhin, die iranische Versorgungslücke als Druckmittel zu nutzen. Anstatt Teheran den Kauf zu ermöglichen, wurde die Idee geboren, niedrig angereichertes Uran aus iranischer Produktion zur weiteren Anreicherung ins Ausland zu verschiffen und anschließend zurückzugeben.

Der Iran erklärte sich in Genf hierzu im Prinzip bereit: Die dort beschlossene vorläufige Übereinkunft sah vor, dass der Iran den größten Teil seines niedrig angereicherten Urans zur weiteren Anreicherung nach Russland liefere. Im Anschluss daran sollte das Uran in Frankreich in Brennstäbe umgewandelt und von dort zurück in den Iran transportiert werden.

Die Obama-Administration und ihre Partner verfolgten mit diesem Plan ein doppeltes Ziel: Zum einen sollte auf diesem Weg Vertrauen geschaffen werden. Zum anderen – und das stand im Zentrum – sollte Iran eine Menge angereichertes Uran entzogen werden, die theoretisch und nach weiteren Schritten den Bau einer Atombombe ermöglichen könnte. Auf diesem Weg sollte die Zeit für eine grundsätzliche Lösung des Atomkonfliktes gewonnen werden, so die Überlegung in Washington.

Die vorläufige Zusage in Genf geriet im Iran jedoch unter scharfen Beschuss. Parlamentspräsident Ali Laridjani, der bis 2007 die Nuklearverhandlungen mit dem Westen geleitet hatte, wandte sich gegen die Übereinkunft. Der Westen, so Laridjani, wolle auf diesem Weg das iranische Uran „stehlen“. Eine Reihe konservativer Abgeordneter des iranischen Parlaments kritisierte die Vereinbarung ebenfalls. Auch Mir Hussein Mussawi, einer der Führer der Opposition,

äußerte sich ablehnend. Ihm zufolge würde die Übereinkunft die Arbeit und Leistungen Tausender iranischer Wissenschaftler zerstören. Ebenso wenig fand die Genfer Übereinkunft die Zustimmung des höchsten geistlichen Führers, Ayatollah Khamenei.

Die Kontroverse war nicht nur außenpolitischer Natur. Die innenpolitische Lage im Iran hat sich seit der Präsidentenwahl im Juni, bei der es offensichtlich zu Wahlfälschungen gekommen ist, nicht mehr beruhigt. Tiefe Gräben haben sich nicht nur zwischen dem Regime und einem großen Teil der Bevölkerung aufgetan, sondern ebenso innerhalb der herrschenden Elite.

Vor diesem Hintergrund wird der Streit um das Atomprogramm auch maßgeblich unter innenpolitischen Vorzeichen geführt. Für manchen Hardliner des Regimes käme eine Verständigung mit den USA zur Unzeit. Das Feindbild USA dient ihnen dazu, eigene Anhänger zu mobilisieren und die Opposition der Kooperation mit dem Westen zu bezichtigen. Hintertrieben wird eine Annäherung im Atomkonflikt jedoch auch von einer Vielzahl von oppositionellen wie auch systemtreuen Akteuren, die einen außenpolitischen Erfolg Ahmadinejads verhindern wollen, da ein solcher dessen Position stärken würde.

Der inneriranische Streit um die Genfer Übereinkunft verdeutlicht darüber hinaus eines: Das traditionelle System der Entscheidungsfindung in Teheran ist empfindlich gestört – wenn nicht gar zerstört – worden. Bis zum vergangenen Juni wurden außenpolitische Entscheidungen nach Einbeziehung und Anhörung einer Vielzahl von Akteuren getroffen. Die Risse innerhalb des Regimes verhindern dies nun.

Angesichts des innenpolitischen Widerstands rückte die Regierung Ahmadinejad von ihrer prinzipiellen Zustimmung zum Genfer Atomdeal wieder ab. Man lehnte nun die Verschiffung von Uran ab. Stattdessen machte die iranische Regierung das Angebot, eigenes, niedrig angereichertes gegen höher angereichertes Uran zu tauschen. Dies akzeptieren jedoch weder die USA noch die Regierungen in Berlin, London und Paris. Damit haben die westlichen Regierungen jedoch Wasser auf die Mühlen derjenigen in Teheran geleitet, die in

dem amerikanischen Plan ohnehin nur den Versuch sehen, Iran um das angereicherte Uran zu bringen. Im Dezember ging Teheran in die Offensive. Außenminister Mottaki setzte dem Westen eine Frist bis Ende Januar, um auf das iranische Angebot einzugehen. Ansonsten werde man das Uran selbst weiter auf 20 Prozent anreichern.

Auf Mottakis Aussage hin verschärfte wiederum US-Außenministerin Clinton den Ton und erklärte am 4. Januar:

O-Ton Clinton (overvoice)

„Die Resultate unserer Anstrengungen, mit dem Iran in einen direkten Dialog zu treten, sind nicht ermutigend. Wir sind enttäuscht über die Antwort auf den Vorschlag zum Teheraner Reaktor. Die iranische Regierung hat ein Ultimatum verkündet, eine Frist, bis zu der sie eine positive Antwort auf ihr nicht akzeptables Gegenangebot erwartet... Also haben wir bereits mit unseren Partnern mit der Diskussion über Druck und Sanktionen begonnen. Ich kann zum Stand nur sagen, dass es unser Ziel ist, Druck auf die iranische Regierung und insbesondere die Revolutionsgarden auszuüben, ohne das die einfachen Iraner leiden, die Besseres verdienen als sie gegenwärtig erfahren.“

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm droht damit weiter zu eskalieren. Die von Clinton in Aussicht gestellten Sanktionen gegen Schlüssel-Akteure des Regimes folgen dabei einem doppelten Kalkül. Zum einen haben begrenzte Sanktionen eher Aussicht, eine breite internationale Unterstützung zu finden. Russland und vor allem China sprechen sich gegenwärtig gegen weitere Strafmaßnahmen aus. Ihre Mitwirkung an einer neuen UN-Sanktionsrunde gilt jedoch als zwingend notwendig, um die Entscheidungsprozesse in Teheran wirksam zu beeinflussen. Darüber hinaus zielen Sanktionen gegen die Revolutionsgarden und andere Stützen des Systems auf die innenpolitische Lage im Iran ab. Im Gegensatz zu breit angelegten Sanktionen wie einem Benzinembargo, das die iranische Bevölkerung treffen würde, soll ein zielgerichtetes Vorgehen gegen einzelne Elemente des Regimes verhindern, dass sich die Reihen im inneriranischen Machtkampf wieder schließen.

Ob dieses Kalkül aufgeht, ist allerdings fraglich. Sicher scheint aber: Eine neue Sanktionsrunde würde eine Annäherung, wie sie in Genf bereits möglich erschien, erst einmal wieder in weite Ferne rücken lassen.

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.